Presseinformation

12. April 2019

Ölkessel sollen österreichweit in Neubauten nicht mehr eingebaut werden dürfen

Köstinger/Pernkopf: Einstimmiger Beschluss bei Klimaschutzkonferenz

Die heutige Klimaschutzkonferenz in Frauenkirchen brachte einen gemeinsamen Vorstoß für mehr Klimaschutz im Wohnbau. Die Klima-Landesräte einigten sich einhellig darauf, dass Ölheizungen in Neubauten möglichst rasch der Vergangenheit angehören sollen. Der Beschluss wurde von Niederösterreich eingebracht, das bereits seit Jahresbeginn ein Verbot zum Einbau von Ölkesseln im Neubau in seiner Bauordnung umgesetzt hat. Dazu soll auch eine bundesweite Wärmestrategie erarbeitet werden. Ein wesentlicher Teil darin soll ein langfristiger, sozial verträglicher und vollständiger Umstieg von Ölheizungen auf erneuerbare Energieträger sein.

Nachhaltigkeitsministerin Elisabeth Köstinger: „Bund und Länder ziehen gemeinsam an einem Strang, wenn es um mehr Klimaschutz geht, das hat die heutige Konferenz gezeigt. Und das ist auch notwendig, denn wenn wir die Klimaziele erreichen wollen, müssen alle ihren Beitrag leisten. Bis zum Jahr 2030 wollen wir die Emissionen im Gebäudesektor signifikant senken, dabei ist der Ausstieg aus Öl ein besonders wichtiger Schritt. Österreichweit gibt es immer noch rund 700.000 Anlagen, aus denen wir Schritt für Schritt und sozial verträglich aussteigen wollen. Dass in Neubauten keine neuen Ölheizungen mehr eingebaut werden sollen, ist dabei ein wichtiger und grundlegender Schritt.“ Im Bestand der Ölheizungen fördert der Bund seit dem Vorjahr den Umstieg von Ölkesseln auf erneuerbare Heizsysteme mit bis zu 5.000 Euro, dazu kommen noch Förderungen der Bundesländer. „Der Ausstieg aus Ölheizungen war noch nie so attraktiv wie heute“, so Köstinger.

Niederösterreichs LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf: „Mit dem Ölheizungsverbot in Neubauten sind wir in Niederösterreich einen weiteren Schritt in der Energiewende und im Kampf gegen den Klimawandel gegangen. Wir setzen auf sichere und saubere Energie, statt auf Atomstrom oder Öl. Und wir zeigen vor, dass es geht: Im Neubau haben Ölheizungen nichts mehr verloren. Es freut mich, dass nun auch die anderen Bundesländer diesen Weg gehen wollen.“ Bei einem

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
Landesamtsdirektion/Öffentlichkeitsarbeit
www.noe.gv.at/presse

Mag. Franz Klingenbrunner
Tel.: 02742/9005-13314
E-Mail: presse@noel.gv.at

Presseinformation

vor kurzem stattgefundenen „Heizkesselcasting“ suchte Niederösterreich den ältesten Ölheizkessel. Pernkopf: „Die ältesten in Betrieb befindlichen Heizkessel sind älter als sechzig Jahre. Das zeigt, dass die Entscheidung für eine Energieform eine sehr langfristige ist. Wir müssen daher so schnell wie möglich starten, keine neuen Ölheizungen mehr zu erlauben, sonst verpesten sie noch bis weit in die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts unser Klima.“

Gemäß den heutigen Beschlüssen werden sich die Klimaschutzreferentinnen und -referenten mit Nachdruck dafür einsetzen, dass bis spätestens 2020 ein Verbot von Ölheizungen im Neubau in allen Bundesländern erfolgt. Ebenso werden sie sich dafür einsetzen, dass der Ersatz von fossilen Ölheizungen durch Heizsysteme mit erneuerbaren Energieträgern auch in der Sanierung zügig und mit Unterstützung attraktiver Förderungsinitiativen und Lenkungsmaßnahmen von Bund und Ländern forciert wird und damit spätestens 2025 ein schrittweiser Ausstieg aus dem fossilen Ölheizungsbestand, beginnend mit Kesseln, die älter als 25 Jahre sind, unter Berücksichtigung sozialer und technischer Aspekte, erfolgt.

Den höchsten Anteil an Ölheizungen hat derzeit noch die Steiermark mit insgesamt 150.000 Ölheizanlagen, gefolgt von Oberösterreich mit fast 132.000 und Tirol mit mehr als 128.000 Haushalten. Im Verhältnis zur Anzahl aller Haushalte bedeutet das, dass in Tirol 27 Prozent und in Kärnten und Vorarlberg knapp 21 Prozent aller Haushalte mit Öl heizen, während in Niederösterreich noch 11,7 Prozent, im Burgenland 13,5 Prozent und in Oberösterreich 14,6 Prozent auf Ölheizungen setzen.

Weitere Informationen: Büro LH-Stv. Pernkopf, DI Jürgen Maier, Telefon 02742/9005-12704, E-Mail lhstv.pernkopf@noel.gv.at

LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf und Nachhaltigkeitsministerin Elisabeth Köstinger

© NLK Pfeiffer